## **EUROPA-UNION BERLIN E.V.**

**AG-ISFE** 

ÜBERPARTEILICH FÜR EIN EUROPA DER BÜRGER UND BÜRGERINNEN

Jean - Monnet - Haus D-10717 Berlin

Tel.: (030) 884 12-239/241: Fax.: (030) 884 12-247

### Ergebnisprotokoll - Gespräch mit Frau von Loh und Herrn Härtel am 15.04.2004

Zeit: 10.00 Uhr bis 11.30 Uhr

Ort: Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport, Beuthstraße 6-8, 10117 Berlin

Anwesend:

Frau von Loh (SenSchul), Herr Staatssekretär Härtel (SenSchul),

Herr Ehrlinger (stellv. Vorsitzender AG-ISFE), Herr Otto (Vorsitzender AG-ISFE)

#### Tagesordnung:

- Geplante Auflösung der SESB-Vorklassen
- Zusammenführung der verschiedenen SESB-Modelle
- Institutionalisierung eines regelmäßigen Erfahrungsaustausches
- Wissenschaftliche Begleitung der SESB
- Auslaufen des Schulversuchs
- Paritätische Besetzung der Schulgremien mit Eltern der Regelschule und des Europaschulzweiges.

#### Geplante Auflösung der SESB-Vorklassen

Zu Beginn des Gespräches wurden die mit der Auflösung der SESB-Vorklassen zu erwartenden Probleme für die Zukunftsfähigkeit der SESB ausführlich dargestellt und auf die zahlreichen Schreiben der Eltern und Erzieher in dieser Angelegenheit verwiesen. Als Antwort darauf haben Frau von Loh und Herr Härtel ihre zahlreichen Aktivitäten zur Sicherstellung einer qualifizierten Sprachförderung der künftigen SESB-Schüler im Rahmen der geplanten "Europakitas" angeführt. Dabei wurde deutlich, dass die zentralen Gründe für die Auflösung der Vorklassen bzw. die Einrichtung von "Europakitas" nicht pädagogischer, sondern finanzieller Natur sind. Im Rahmen von Schule sind dem Berliner Senat bekanntermaßen die Hände gebunden, Beiträge für den Besuch der Vorklassen auf der Grundlage des Kitakostenbeteiligungsgesetzes zu erheben (Schule bleibt in Deutschland vorerst kostenfrei).

Da die SESB gegenüber der Berliner Regelschule ausdrücklich nicht bevorzugt werden soll, wird das gegenwärtige, anerkannt gut funktionierende, weitgehend kostenfreie Integrationsmodell unter keinen Umständen in dieser Form fortgeführt werden. Es herrschte jedoch Einigkeit darüber, dass die Verlagerung der Vorklassen in die vorschulische Erziehung der Kitas, insbesondere unter dem Gesichtspunkt des vielschichtigen Integrationsansatzes der SESB, einen Rückschritt darstellt.

Als Lösung für dieses Dilemma wurde Herrn Härtel der Organisationsansatz vorgeschlagen, die Vorschule in den Räumlichkeiten der jetzigen SESB-Vorklassen zu belassen und sie verwaltungstechnisch als Filiale einer interessierten Kindertagesstätte (Kita) zu betreiben. Eine derartige Organisation ermöglicht einerseits die Erhebung von adäquaten Betreuungsbeiträgen, andererseits die Beibehaltung des Integrationsansatzes der SESB.

Entgegen unserer bisherigen Annahme fand dieser Ansatz die Unterstützung von Herrn Härtel, solange die jeweilige Schule über die entsprechenden Räumlichkeiten verfügt. Für die Umsetzung dieses Organisationsansatzes haben wir uns auf folgende Vorgehensweise verständigt:

 Jeder Europaschulstandort sucht sich eine Kita in ihrem Einzugsbereich, die bereit ist, eine Außenstelle "Europakita" in den bestehenden Vorklassenräumen des SESB- Schulgebäudes zu verwalten. Dabei ist es nicht notwendig, jedoch wünschenswert, dass diese Kita eine bilinguale Ausrichtung hat.

- Sollte sich in dem Einzugsbereich keine Kita finden, kann entweder auf die bereits von SenSchul erhobenen bilingualen Kitas zurückgegriffen werden oder die Fördervereine werden selbst aktiv und übernehmen die Gründung und Unterhaltung einer eigenen "Europakita". Da wir die letztere Möglichkeit für zu aufwändig halten, sollte sich jede Schule auf die Suche nach einer Kita im Bezirk für die Umsetzung der Filiallösung konzentrieren.
- Bei der Auswahl/Verhandlung mit einer interessierten Kita sollte darauf geachtet werden, dass diese Kita die Bereitschaft signalisiert, evtl. in der Schule nicht mehr benötigtes Erzieher-/Vorklassenpersonal zu übernehmen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sieht es allerdings nicht so aus, dass mit Personalfreisetzungen zu rechnen ist, da wegen dem ab 2005/2006 vorgezogenen Einschulungsalter mit sehr starken Jahrgängen in den Grundschulen zu rechnen ist.
- Um die wertvollen, langjährigen Erfahrungen und Kenntnisse des Vorklassenpersonals für die SESB zu erhalten, hat uns Herr Härtel im Falle von Personalfreisetzungen seine Unterstützung zugesagt, dass es von den Kitas übernommen wird. Zu welchen vertraglichen Konditionen muss noch geklärt werden.
- Mit den Fördervereinen, die in vielen Fällen bereits heute einen Großteil des partnersprachlichen Erzieherpersonals finanzieren, werden bei der Umsetzung des Filialansatzes entsprechende Verträge mit der Senatsschulverwaltung geschlossen, damit sie ihre Tätigkeit auch auf die "Europakitas" ausweiten können.

Die Initiativgruppen an den einzelnen Europaschulstandorten müssen sich nun zusammen mit den Schulleitungen so schnell wie möglich auf den Weg machen, eine geeignete Kita für ihre Schule zu finden bzw. ein geeignetes Ausschreibungsverfahren zu generieren.

Uns wurde zugesagt, dass ein entsprechender Infobrief der Senatsschulverwaltung, der dieses Thema zum Gegenstand hat, demnächst an die einzelnen Europaschulstandorte verschickt wird. Ebenso hat man uns zugesagt, dass die Kinder, die eine "Europakita" besuchen, bei dem Wechsel in die SESB bevorzugt werden. Ein geeignetes Verfahren muss noch entwickelt werden.

Nun liegt es an uns, was wir aus diesem Angebot machen. Die Chancen stehen jedenfalls gut, dass wir den durch die geplante Auflösung der Vorklassen entstandenen Schaden nun doch von der SESB abwenden können, auch wenn das neue Organisationsmodell künftig nicht kostenfrei und möglicherweise etwas aufwändiger sein wird.

#### Zusammenführung der verschiedenen SESB-Modelle

Der anstehende Wechsel der Schüler der 6. Klasse des deutsch-portugiesischen Europaschulstandortes hat in den letzten Monaten gezeigt, wie schwer es bei geringen Schülerzahlen ist, einen für alle Eltern zufrieden stellenden Schulübergang in die fortführende Sekundarstufe 1 zu organisieren. Die Eltern der 5. Grundschule am Neuen Tor hatten sich vor zwei Jahren für die Realschul-/Gymnasial- und nicht für die Gesamtschullösung entschieden. Die geringen Schülerzahlen und das Risiko, dass viele Schüler aus diesem Grund an eine andere Schule wechseln, hatten dazu geführt, dass die Fortführung der deutsch-portugiesischen Europaschule massiv bedroht war. Aus diesem Grund haben sich die Eltern in den letzten Monaten für eine andere Lösung stark gemacht. Ihr Bestreben war, die Zusammenführung des Realschul- und Gymnasialzweiges unter dem Dach der Heinrich-Kleist-Oberschule zu ermöglichen.

Die Senatsschulverwaltung hat für die Umsetzung dieses Ansatzes nun grünes Licht gegeben, so dass ein "Auseinanderfallen" der 6. Klassen zumindest im nächsten Schuljahr vermieden wird.

Herr Härtel hat zugesagt, Verhandlungen mit der Schulaufsicht und bezirklichen Schulvertretern in den betroffenen Schulen zu führen, damit dieses "Additive Modell" auch für die

deutsch-griechische Europaschule eingeführt und für beide Europaschulen auf die gesamte Sekundarstufe 1 ausgedehnt werden kann. Der große Vorteil dieses Modells besteht darin, dass für die Schüler nach jedem Halbjahr, bei Vorliegen entsprechender schulischer Leistungen, die Möglichkeit eingeräumt wird, von dem Realschul- in den Gymnasialzweig zu wechseln und umgekehrt.

Die AG-ISFE hat gegenüber Frau von Loh und Herrn Härtel ihre Bereitschaft signalisiert, sie bei den Verhandlungen mit den Bezirken und den betroffenen Schulen zu unterstützen.

#### Institutionalisierung eines regelmäßigen Erfahrungsaustausches

Frau von Loh und Herrn Härtel wurde der Wunsch angetragen, für die Belange der SESB einen regelmäßigen Informationsaustausch zu organisieren. Zwar ist die Senatsschulverwaltung nicht bereit, die Betreuung einer derartigen Kommunikationsplattform zu übernehmen, doch wird sie sich an den geplanten Treffen beteiligen, soweit es sinnvoll erscheint. Wir sind aufgefordert, eine Themenliste zu erstellen und diese mit entsprechenden Terminen untersetzt vorzulegen. Sollten den Eltern spezielle Themen unter den Nägel brennen, so sollten sie uns – der AG-ISFE - diese am besten per E-Mail mitzuteilen, damit wir sie auf die Liste setzen können.

Die Arbeitsgemeinschaft, vorerst bestehend aus 6 Schulleitern und 6 ausgewählten Elternvertretern, wird demnächst unter der Federführung der AG-ISFE gebildet werden.

#### Wissenschaftliche Begleitung der SESB

Als ein weiterer Schwerpunkt des Gespräches wurde erneut auf den Missstand hingewiesen, dass es bis heute keine wissenschaftlich fundierte Evaluation der SESB gibt.

Man hat uns zugesichert, dass man nochmals alle Möglichkeiten prüfen wird, wie trotz der begrenzten haushaltstechnischen Möglichkeiten in Kooperation mit einer Universität eine derartige Auswertung durchgeführt werden kann. Erste Gespräche mit einigen Professoren der Berliner Universitätslandschaft hat es bereits gegeben, doch bisher überstiegen die vorkalkulierten Kosten den Rahmen der Möglichkeiten. Aus diesem Grund wird Herr Härtel Kontakt mit Frau Helbig (Staatssekretärin – stellv. Leiterin der Senatskanzlei und Europabeauftragte des Landes Berlin beim Bund) aufnehmen, ob es in ihrem Ressort nicht die Möglichkeit gibt, eine entsprechende Untersuchung finanziell zu unterstützen.

#### Auslaufen des Schulversuchs

Entgegen unserer bisherigen Annahme läuft der Schulversuch der SESB nicht mit dem Ablauf des Schuljahres 2005/2006 aus, sondern erst dann, wenn jede Sprachenkombination mit zwei Klassenstufen das Abitur erreicht hat.

Die Grundschulen werden jedoch zu einem früheren Zeitpunkt aus dem Schulversuch genommen, da bereits heute so gut wie alle Sprachenkombinationen zum ersten Mal das Ende der 6. Klasse erreicht haben. Der Zeitpunkt ist noch nicht bekannt.

# Paritätische Besetzung der Schulgremien mit Eltern der Regelschule und des Europaschulzweiges

Da uns des Öfteren zu Ohren gekommen ist, dass in den Europaschulstandorten, in denen die SESB angegliedert ist, die Schulgremien nicht immer paritätisch mit Eltern der Regelschule und des Europaschulzweiges besetzt sind, haben wir auch dieses Thema angesprochen. Die Lösung hierfür besteht darin, in dem jeweiligen Schulprogramm eine entsprechende Regelung vorzusehen, so dass für die Wahlen ein Regelwerk existiert, welches eine Vertretung aller Elterninteressen sicherstellt.

Protokollant: Uwe Otto